

„Ausnahmeregelungen wahrnehmen“

Michael Götz, Tierschutzbeauftragter der Rassegeflügelzüchter, zur geplanten Stallpflicht

Baden-Baden/Rastatt – Es ist schon beinahe ein wiederkehrendes Ritual: In großen, industriellen Geflügelhaltungen sterben Tiere an der Vogelgrippe/Geflügelpest. Dieses Mal ist der Verursacher der Virus H5N8, Hunderttausende Tiere werden getötet. Dann tauchen infizierte Wildtiere auf – in diesem Fall eine Krickente in Norddeutschland – und in der halben Republik müssen freilaufende Hühner, Enten oder Gänse und Dach und Fach gebracht werden. Betroffen sind auch wieder die Geflügelhalter entlang des Rheins, wie aus einer aktuellen Mitteilung des Rastatter Landratsamts hervorgeht.

Stallpflicht nennt sich das, was die Geflügelzüchter in Rage bringt. Sie sprechen von überzogenen Forderungen – vor allem, was die Stallpflicht angeht. Das Einsperren der Tiere sei in vielen Fällen nur theoretisch möglich, viele müssten ihre Tiere töten, wollen sie der Verordnung nachkommen, meint der Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter (BDRG). Über die Sorgen und Bedenken der Züchter sprach BT-Redakteur Dieter Giese mit dem Beauftragtem für Tier- und Artenschutz des BDRG, dem Rastatter Tierarzt Dr. Michael Götz.

Interview

BT: Herr Götz, was schätzen Sie, wie viele Halter und wie viele Tiere sind in der Region von der Stallpflicht betroffen?

Michael Götz: Mit der aktuellen Verfügung hält sich das Ganze wohl zunächst einmal noch in Grenzen. Es geht um eine Linie, die in 500 Meter Abstand zum Rheinufer gezogen wird – davon gehe ich nach einem Gespräch mit dem Landwirtschaftsministerium in Stuttgart jedenfalls aus. In diesem Areal gibt es so gut wie keine Geflügelhalter. Noch nicht einmal Plittersdorf wäre wohl davon betroffen. Aber es besteht die große Gefahr, wenn außer dieser Ente in



Wildgänse unter Beobachtung. Die Vogelgrippe-Schutzmaßnahmen bereiten aber auch den Geflügelzüchtern Probleme, wie Michael Götz (oben links) erläutert.

Fotos: fuv/dpa

Mecklenburg-Vorpommern noch mehrere infizierte Wildtiere gefunden werden, dass diese Zone sehr schnell um Kilometer ausgedehnt werden kann. Oder es kann passieren, dass man in Baden-Württemberg oder im Bundesgebiet eine allgemeine Stallpflicht verordnet. Dann wird es heftig. Dann kann man damit rechnen, dass allein von den 1,2 Millionen Tieren der Züchter, die im Bundesverband organisiert sind, 300 000 bis 400 000 geschlachtet werden müssten, weil sie nicht untergebracht werden können. Das hängt zum einen mit den Stallkapazitäten zusammen, zum anderen gibt es auch Tierarten, die gar nicht eingestallt werden können.

BT: Zum Beispiel...

Götz: Zum Beispiel die alten Gänse- und die alten Putenrassen, da ist die Einstallung sehr problematisch. Die modernen Rassen sind schon ein bisschen darauf gezüchtet, dass man sie auch auf beengterem Raum halten kann.

BT: H5N1, das war 2006,

H5N8 heißt der Virus heute – seit Jahren schwappen die Vogelgrippe-Wellen über den Globus. Wo müsste man ansetzen, wenn man diesen Wellen Einhalt gebieten wollte?

Götz: Ich persönlich glaube, dass diese Welle eher durch den Handel nach Europa gekommen als durch die Wildvögel. Wenn man sich die Strecke von Südkorea nach Mecklenburg-Vorpommern anschaut: An den Landeplätzen oder den Überflugsregionen der Vögel hätte es Ausbrüche geben müssen, es gab aber keine. Eigenartig ist, dass die Ausbrüche in Europa alle in hermetisch abgeriegelten „Tierfabriken“ stattgefunden haben, wo eigentlich kein Wildvogel hineinkommen kann. Auch Menschen kommen da nicht hinein, ohne durch eine Schleuse zu gehen. Hätten Wildvögel das übertragen, hätte es zuvor in der Umgebung bei Freilandhaltern infizierte Tiere geben müssen.

BT: Das hieße aber, die Tierfabriken haben den Virus mit importierter Brut bekommen?

Götz: Das kann über Futter oder Einstreu passieren. Mög-

lichkeiten gibt es viele. Niemand weiß, wie es geschah; auch die Wissenschaftler vom Friedrich-Loeffler-Institut nicht. Wenn dann aber eine infizierte Wildente auftaucht, dann hat man irgendwas in der Hand. Ob es aber wirklich die Ursache gewesen ist? Im Übrigen verweise ich auf die Erkenntnisse der trinationalen Forschungsgruppe „Constanze“ rund um den Bodensee. Die haben aufzeigen können, dass es nur wenig Kontakte zwischen Zugvögeln und Hausgeflügel gibt, die Gefahr einer Infektion demnach eher gering ist. Aber klar: Ganz ausschließen kann man es nicht.

BT: Der Naturschutzbund (NABU) meint, dass in Sachen Vogelgrippe wieder einmal Ursache und Wirkung verwechselt werden. Das Problem gehe von der Geflügelindustrie aus, nicht von den Wildvögeln, die vielmehr Opfer seien. Die infizierten Wildtiere sind allerdings nicht wegzudiskutieren. Was ist aus Sicht des BDRG aktuell die richtige Vorgehensweise in Sachen H5N8?

Götz: Wenn man davon aus-

geht, dass H5N8 in der Wildvogel-Population vorkommt – auch wenn sie dort nicht gehäuft vorkommt –, dann sind Vorsichtsmaßnahmen sehr wichtig: Dass man seine Tiere nicht im Freien füttert, dass man die Tränken im Stall hat, die Wildvögel damit nicht anlockt. Wichtig wäre aber auch, dass man anstatt der Stallpflicht eine Alternative anbietet für Halter oder Betriebe, die keine Einstallungen vornehmen können oder Tiere halten, die nicht eingestallt werden können. Zum Beispiel die Ausläufe mit engmaschigen Netzen sichern, wenn die Vogelgrippe näher kommt. Ich selbst habe wegen der Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern noch keine Angst.

BT: Wie lange dauerte die Stallpflicht vom Jahre 2006?

Götz: Per Gesetz wurde die Stallpflicht aufrechterhalten bis etwa ins Jahr 2012. Es gab aber schon vorher per Allgemeinverfügung eine Aufhebung für diese Stallpflicht. Das heißt, in der Praxis bestand die Stallpflicht etwa sechs bis zwölf Monate. Aber am Bodensee wurde sie zum Teil bis 2012 aufrechterhalten.

BT: Sie sind Tierarzt, Verbandsfunktionär und selbst auch Geflügelzüchter. Werden Sie sich trotz der Bedenken selbst notgedrungen an die Stallpflicht halten?

Götz: Da wird man nicht herumkommen – ich müsste mich dran halten, klar. Gesetz ist Gesetz, auch wenn man den Sinn bezweifelt. Aber von Verbandsseite her gesehen wäre es wichtig, dass die Behörden ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Denn das Gesetz sieht ausdrücklich Ausnahmeregelungen vor – zum Beispiel für Tiere, die nicht eingestallt werden können oder für Halter, die eine große Zahl von Tieren haben. Wichtig wäre, dass von diesen Ausnahmeregelungen auch Gebrauch gemacht wird. Das Problem ist oft, dass die zuständigen Beamten kein Risiko eingehen wollen und deshalb von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch machen.

Im Blickpunkt

Ludwigsburg agiert nachhaltig

Düsseldorf (lsw/red) – Die Städte Dortmund und Ludwigsburg sind gestern Abend in Düsseldorf mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden. Dortmund erhielt den Preis unter anderem für einen „beispielhaften Strukturwandel“. Ludwigsburg punktete bei den Themen Verwaltungsstruktur und Bürgerbeteiligung. Als „Deutschlands nachhaltigste Gemeinde“ wurde das bayerische Furth im Wald ausgezeichnet. In der Kategorie Großstädte gehörte auch Karlsruhe zu den drei Nominierten, am Ende machte aber Dortmund das Rennen. Die drei Kommunen erhalten jeweils 35 000 Euro für Nachhaltigkeitsprojekte, wie die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis mitteilte. 65 Kommunen hatten sich beworben. Ein Ehrenpreis ging unter anderen an den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler. Der Nachhaltigkeitspreis wird seit 2008 jährlich verliehen.

Schlag gegen Einbrecherbande

Heidelberg (lsw) – Rund 40 Wohnungseinbrüche im Raum Heidelberg werden einer Gruppe von sieben Männern und zwei Frauen zur Last gelegt, die nach monatelangen Ermittlungen jetzt festgenommen wurden. Ziele der Bande waren meist Einfamilienhäuser, deren Bewohner im Urlaub waren, wie die Staatsanwaltschaft Heidelberg und das Polizeipräsidium Mannheim am Freitag mitteilten. Die Täter hebelten ein Fenster auf oder stiegen durch die Terrassentür ein. Bei den Einbrüchen entstanden Schäden von insgesamt rund einer halben Million Euro. Die Verdächtigen wurden in Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg und Stuttgart festgenommen. Bei der Durchsuchung von Wohnungen stellten die Ermittler Schmuck, Bargeld, Elektroartikel sowie mögliches Tatwerkzeug sicher.

Eltern von Tim K. sollen bis zu 100 000 Euro zahlen

Schadensersatzprozess um Amoklauf von Winnenden: Landgericht regt Vergleich an

Stuttgart (lsw) – Im Schadensersatzprozess gegen die Eltern des Amokläufers von Winnenden hat das Stuttgarter Landgericht gestern einen Vergleich vorgeschlagen. Demnach soll der Haftpflichtversicherer Allianz 400 000 Euro an die Stadt im Rems-Murr-Kreis zahlen, wie der Richter mitteilte. Die Eltern von Tim K. sollen bis zu 100 000 Euro an die Unfallkasse leisten, die eine Million Euro verlangt. Dabei geht es um Kosten für Heilbe-

handlungen bei Schülern, Eltern und Lehrern. Der damals 17-jährige Tim K. hatte 2009 in Winnenden und Wendlingen (Kreis Esslingen) 15 Menschen und sich selbst erschossen. Die Tatwaffe hatte der Vater, ein Sportschütze, unverschlossen aufbewahrt. Er ist zu einer 18-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Die Kommune machte 5,3 Millionen Euro geltend. Sie will durch die Tat entstandene Kosten ersetzt bekommen.



Kerzen für die Opfer: Der damals 17-jährige Täter hatte 15 Menschen und sich selbst erschossen.

Foto: dpa/av

Tablets im Unterricht

Pilotprojekt an beruflichen Gymnasien

Stuttgart (lsw) – Digitale Welten statt Papierlawinen: Zwölf berufliche Gymnasien in Baden-Württemberg werden im kommenden Jahr den Einsatz von Tablets im Unterricht erproben. Das mit knapp zwei Millionen Euro geförderte Projekt soll innerhalb der nächsten fünf Schuljahre an 40 Schulen ausgetestet werden, wie das Kultusministerium gestern mitteilte. Der Schwerpunkt liegt auf Profillächern, dem Fach Mathematik und den Spra-

chen. Die Anträge werden derzeit vom Städte- und Landkreistag bearbeitet.

Die Lehrer sollen über den Einsatz der elektronischen Schreibtafeln im Unterricht fortgebildet werden. Ein Tablet-Portal soll helfen, organisatorische und technische Fragen zu beantworten. „Der Einsatz von Tablets im Unterricht eröffnet neue Möglichkeiten für individuelles und kooperatives Lernen“, so Kultusstaatssekretärin Marion von Wartenberg.

Im November über 4 000 neue Flüchtlinge in Karlsruhe angekommen

Unterbringung der Asylbewerber stellt Regierungspräsidium vor Probleme / Zweite LEA in Meßstetten sorgt für Entlastung

Karlsruhe (red) – „Die Flüchtlingszahlen im Oktober, die eine leichte Entspannung signalisierten, waren wohl nur eine Momentaufnahme. Die Flüchtlingszahlen steigen wieder deutlich, und der Zustrom hält unvermindert an“, teilte gestern das Regierungspräsidium Karlsruhe (RP) mit. Allein in der ersten Wochenhälfte seien rund 800 Menschen in die

Landeserstaufnahmestelle (LEA) nach Karlsruhe gekommen. Bislang seien im November über 4 000 Personen in Karlsruhe eingetroffen.

So seien auch die beheizten Zelthallen in der Karlsruher Mackensen-Kaserne, die als Sicherheitspuffer erhalten wurden, wieder fast voll belegt. Auch in den anderen Außenstellen der LEA bewege man

sich an der Kapazitätsgrenze. Die stark gestiegene Zahl der Asylbewerber stellt das Regierungspräsidium nach eigenen Angaben vor große Herausforderungen. Die Behörde versuche, auch in schwierigen Zeiten eine Unterbringung der Flüchtlinge zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass keine Flüchtlinge obdachlos auf der Straße sitzen müssten.

Aufkommende Kritik, zum Beispiel an der Unterkunftsqualität in den Außenstellen, nehme das RP sehr ernst. Allerdings erlaubten es die Zugangszahlen derzeit nicht, in den Außenstellen Unterkunfts-kapazitäten dadurch zu reduzieren, dass Zimmer in Aufenthaltsräume umfunktioni-ert werden. Hier sei das RP auf der Suche nach externen Lö-

sungen. So hätten zum Beispiel die Kirchen angeboten, dass Gemeinderäume in der Nähe von Unterkunftsgebäuden genutzt werden können.

Die Inbetriebnahme der zweiten Landeserstaufnahmeeinrichtung in Meßstetten hat nach RP-Einschätzung bereits eine Entlastung gebracht. Allerdings sei es dringend erforderlich, dort die Unterkunfts-

kapazität bis Weihnachten deutlich zu erhöhen. „Bislang konnte die volle Belegungs-kapazität unter anderem aus brandschutzrechtlichen Gründen noch nicht erreicht werden. Mit der Verlegung an diesem Wochenende werden sich aktuell rund 500 Flüchtlinge in der Zollernalb-Kaserne in Meßstetten befinden“, schreibt das RP.